



Brief aus ... Tokio

Die Flüchtlinge von Kazo

Japan, ein Jahr nach Fukushima

Christoph Neidhart | Im alten Mittelschulhaus von Kazo sind Flüchtlinge aus dem Dorf Futaba untergebracht. Ihr Dorf liegt direkt hinter dem GAU-AKW Fukushima I. Sie haben keine Ahnung, wann und ob sie zurück können. Auch die Dorfverwaltung ist hier, fast 200 Kilometer vom Ort, den sie verwaltet. Im November fanden hier Lokalwahlen für das Präfekturparlament statt, aber die meisten Flüchtlinge wollten davon nichts wissen. Nach Kazo, einem verschlafenen Nest nördlich von Tokio, sind sie gekommen, weil ihr Bürgermeister Katsutaga Idogawa eine Woche nach der Havarie das ganze Dorf, 6900 Menschen, auf eigene Initiative in einem Bus- und Pkw-Konvoi in die „Super-Arena“ von Saitama evakuiert hat. Er wollte das Dorf zusammenhalten. Zwei Wochen später wurde die Super-Arena, die größte Sporthalle im Raum Tokio, wieder gebraucht. Inzwischen hatte Idogawa das seit vier Jahren leerstehende Schulhaus umgewidmet.

Aus der Saitama-Arena berichtete das Fernsehen fast täglich. Auch noch über den Umzug ins alte Schulhaus. Und zuletzt, als das Kaiserpaar die Flüchtlinge besuchte. Seither sind die Leute von Futaba ziemlich allein. Es

lebt sich nicht gut in Kazo, ein Schulhaus ist nicht fürs Wohnen gebaut.

Ende Januar traf sich die parlamentarische Kommission zur Untersuchung der Nuklearkatastrophe in Kazo. Danach führte der Präsident der Kommission Kiyoshi Kurakawa, ein emeritierter Medizinprofessor, ein so genanntes Town-Hall-Meeting für die Flüchtlinge aus Futaba durch; erstmals hörte ein Vertreter der Macht sie an. Sie klagten über zerstörte Familien, über ihr Vertrauen, das die AKW-Betreiber missbraucht hätten, und über ihre Hoffnungslosigkeit. Das Gespräch wurde live im Internet übertragen, aber es schauten zu keiner Zeit mehr als tausend Leute zu.

Kurz zuvor hatte sich Idogawa an die Presse gewandt: Tepco wollte die Entschädigungen für die verlorenen Häuser der Flüchtlinge kürzen. Tepco sind zahllose Schlampereien, Fälschungen, gezieltes Unterlaufen von Sicherheitsauflagen und Inkompetenz nachgewiesen worden. Die Leute aus der Sperrzone haben deswegen ihre Jobs, ihr Zuhause, ihre Freunde verloren. „Wir haben stets ohne Einschränkungen mit Tepco zusammengearbeitet“, so Idogawa. Die Haltung von Tepco sei „nicht die von Gentlemen“.

Nicht nur die Menschen von Futaba, die große Mehrheit der Japaner hat den Versicherungen der Kernkraftbetreiber bis vor einem Jahr geglaubt. Zumal sie kaum kritische Stimmen zu hören bekamen. Die Elektrizitätswerke hatten die Medien und viele Politiker gekauft. Japans AKW-Kritiker, von denen es schon zuvor viele gab, wurden von den Medien ignoriert; die Polizei belästigte sie, im Volk galten sie deshalb als Verirrte. Inzwischen ist eine Mehrheit der Japaner gegen Nuklearenergie. Nur wollen die Politik und die großen Medien das nicht wahrhaben. Die Regierung von Yoshihiko Noda unterstützt Tepco sogar dabei, AKWs nach Vietnam zu exportieren.

Wenn man in Japan nicht mehr weiter weiß und sich die Verantwortung nicht mehr vertuschen lässt, dann beruft man eine Kommission ein. Das ist nicht nur in Japan so. Doch wahrscheinlich nur hier bildet man, wenn die Kommission nicht zu den erwünschten Ergebnissen kommt, eine weitere. Und noch eine. Oder andersrum: Die erste Kommission kommt meist zu einem Ergebnis, wie es sich die Verantwortlichen für den Unfall oder den Skandal gewünscht hatten. Im Fall Tepco stellte die erste Kommission fest, Tepco habe keine größeren Fehler gemacht. Die Folgekommissionen müssen dann korrigieren, was die erste (oft bewusst) übersehen hat.

Dies ist ein Winter der Kommissionen: Mindestens drei Kommissionen, dazu die Polizei, untersuchen den Skandal um den Optik-Konzern Olympus, der jahrelang seine Bilanzen fälschte. Die Katastrophe von Fukushima wird von einem halben Dutzend Kommissionen untersucht. Die erste, die Tepco einen Persilschein

ausgestellt hat, nannte sich „unabhängig“, war aber von der AKW-Betreiberin selbst einberufen worden. Im Hinblick auf mögliche Gerichtsverfahren habe sie vor allem Tepcos Ausgangslage verbessern wollen, deutete man ihren verharmlosenden Bericht.

Eine der Kommissionen wird von Yotaru Hatamura geleitet, einem Professor für die Theorie des Scheiterns. Wenn die erste Kommission nicht zum erwünschten Ergebnis kommt, setzt man halt eine weitere ein. Er hat Tepco und den Nuklearbehörden ein hohes Maß an Inkompetenz nachgewiesen. Aber er will explizit keine Verantwortlichen nennen. Seine Kommission hat fast 500 Interviews mit Beteiligten geführt, ihnen aber Vertraulichkeit zugesichert.

Die bisher einzige Kommission, von der man hofft, die Öffentlichkeit erfahre, was in Fukushima wirklich geschah, ist die parlamentarische Kommission, die auch als einzige jetzt mit den Flüchtlingen in Kazo sprach. Aber das Interesse an dieser Kommission – an noch einer Kommission – ist gering. Und die Medien zeigen noch immer einen ablehnenden Reflex gegen Kritik an der Kernenergie: Tepco hat jahrelang in diesen Reflex investiert. Deshalb wissen nur wenige Japaner von den Flüchtlingen im alten Schulhaus von Kazo. Und dass die Kommission von Kiyoshi Kurakawa sie angehört hat, noch weniger.



CHRISTOPH NEIDHART ist Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung* in Tokio.